

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Filial-Expeditionen: Hauptstraße 140, sowie durch alle Postämter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1 Pf., monatlich 7 Pf. 50 Heller. Durch die Post frei ins Haus geliefert, monatlich 1.75 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus geliefert, monatlich 1.75 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagsort und Druckereistätte: Breslau 2
Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nr. 2052.

Einzelnenpreis: Je 20 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag: 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Rechte Warnung der Gewerkschaften.

10 Millionen Organisierte gegen die Massenbelastung und Wirtschaftshemmung durch die Zollvorlage.

In dieser Woche soll noch die Beratung der Zollvorlage im Reichstag beginnen und in kürzester Frist beendet werden. In der Stunde haben sich der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“, die „Afa“, der „Allgemeine Deutsche Beamtenbund“ und der „Gewerkschaftsbund Deutscher Arbeiter“, Angehörige und Vertreter der Gewerkschaften in einer umfangreichen Eingabe mit Ersuchen an den Reichstanzler und die Reichsminister gebittet, vor der Verabschiedung der Zollvorlage noch einmal in eine öffentliche Prüfung darüber einzutreten, „ob die geplanten schweren Eingriffe in das Wirtschaftsleben wirklich notwendig und unvermeidbar sind“.

Die Eingabe weist auf die unerträgliche Belastung der Lebensunterhaltskosten hin, die mit Einführung der neuen Zollvorlage verknüpft ist. Allein die Zölle Agrarprodukte würden eine fünfköpfige Familie mit einer jährlichen Mehrausgabe von 150 Mark belasten. „Auch nach der Reichstag erfolgten Milderung der Zollvorlage bleibt die Belastung unerträglich. Die Einkommens- und Ernährungslage der Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger ist zurzeit bereits so gespannt, daß eine weitere Belastung nicht tragbar ist.“

Die Belastung wird umso unerträglicher, als schon in den nächsten Monaten die sprunghafte Erhöhung der Mieten die Arbeiter, Angestellten und Beamten zwingt, weitere Abstriche in ihrem Ernährungsbudget vorzunehmen. Die Aufhebung der Gewerkschaften über die katastrophale Wirkung der neuen Zollvorlage auf die Gutachten der Wirtschaftler dem Reichswirtschaftsrat und der Agrar- und Gewerkschaftskommission, die sich auch der Vertreter des Reichsbankdirektoriums angeschlossen hat.

Mit Recht weisen die Gewerkschaften ferner darauf hin, daß die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Verteuerung Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung durch die neuen Zölle keinen anderen Ausweg gibt, „als unverzüglich die Abhebung der Belastung durch Lohn- und Gehaltserhöhungen in Angriff zu nehmen. Gegen solche Erhöhungen ist bereits im voraus der Widerstand der Arbeiterbewegung angekündigt worden. Schwere Lohnkämpfe eine unheilvolle Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens daher die unausweichliche Folge einer Durchführung der Zollvorlage sein. Die Gewerkschaften sind von der ungeheuren Verantwortung durchdrungen, die sie zwingen würde, Kämpfe mit aller Energie zu führen, um einen neuen Aufbau an der durch Kriegs- und Inflationsverwüstungen und kaum wiederhergestellten Wirtschaft und Volksgesundheit zu vollziehen. Sie sind der Ansicht, daß alles versucht werden muß, noch in letzter Stunde den zu erwartenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen.“

Die vertriebenen deutschen Optanten.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Regierungen der Nachbarländer die Landwirte polnischen Optanten angemessene Wohnräume und Arbeitsgelegenheiten anzuschaffen.

Die Angriffe gegen Severing plötzlich zu Ende!

Seit er zur Antwort im Reichstage bereit ist, hat er zur Antwort im Reichstage bereit ist. Am Mittwoch nachmittag fand zwischen dem an der Spitze der Reichsregierung stehenden Ministerpräsidenten und dem Reichstagspräsidenten eine eingehende Besprechung statt. In den letzten Tagen viel erörterten Streitfragen zu klären. Bei der Besprechung war der preussische Innenminister Severing vom Reichspräsidenten

empfangen worden; er hat über seine Beobachtungen in Schneidemühl sowie über die Maßnahmen der preussischen Regierung zur Unterbringung und Versorgung der deutschen Flüchtlinge aus Polen eingehend Bericht erstattet.

Der Reichsregierung ist augenscheinlich etwas unbehaglich zu Mute. Am Donnerstag findet im Reichstag die Besprechung der deutschnationalen Interpellation über Schneidemühl statt; es ist selbstverständlich, daß die preussische Regierung vor allem der preussische Innenminister, den deutschnationalen Interpellanten die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Die Reichsregierung, die offenbar fürchtet, bei der Interpellationsdebatte etwas ins Gedränge zu kommen, hat deshalb der Reichs- und Presse deutlich zu verstehen gegeben, daß sie endlich mit dem Gesetz gegen Severing Schluss machen soll. Die Rechte hat sich also von ihren eigenen Parteifreunden in der Reichsregierung beschützen lassen müssen, daß sie aus parteipolitischen Rücksichten gegen Severing den deutschen Optanten und der deutschen Stellung in der Wehr gegenüber Polen den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen hat.

Unter Würdigung all dieser Umstände können die Gewerkschaften „in den geplanten Zöllen kein geeignetes Mittel einer zielbewussten und sachlich begründeten Wirtschaftspolitik erblicken... Der Versuch, diese Zollpläne auf Grund der politischen Machtverhältnisse dennoch durchzuführen, würde daher nichts anderes darstellen als einen Mißbrauch der Staatsmacht, um politischen Parteinteressen zu dienen und einflussreichen Wirtschaftskreisen Sondergewinne zuzuwenden.“

Bei der Eingabe der Reichsregierung ist damit zu rechnen, daß sie trotz diesem dringenden Appell von 10 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten die bisherige „Wirtschaftspolitik“ fortsetzen wird. Ihre rückwärtige Ausbeutungspolitik dürfte aber die schärfsten Abwehrmaßnahmen der benachteiligten Volksmassen hervorrufen.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Nach achtzehntägiger Verhandlung fällte der Oberste Gerichtshof von Georgien das Urteil im Prozeß gegen das sogenannte „Parteiliche Komitee“, das im August einen Aufstand verursacht hatte. Der Vorsitzende des Komitees, Andronikashvili und die Mitglieder Tschimonia, Nghanabachvili und Tschemelidze wurden zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde aber in Andronikashvili, Iker Neus (I.) und Iker Beselidze, an den Sowjetaufgaben mitzuarbeiten, in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis fünfjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Einer wurde freigesprochen. 30 Verurteilte wurden nach der Urteilsverkündung begnadigt und sofort freigelassen. Als Hauptmaterialien beim Verbrechen im August beteiligten Mitglieder des Zentralkomitees der Nationaldemokratischen Partei eine große Rolle gespielt, in dem es sich herausstellte, daß die Tätigkeit des Parteilichen Komitees nach England hergeleitet wurde.

Räumung von Düsseldorf bis nächste Woche!

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Besatzungskommission hat am Mittwoch als die nach dem Friedensvertrag zuzuhaltende Infanterie den offiziellen Befehl zur Räumung der drei im März 1921 durch die alliierten Truppen besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort erteilt. Sie hat dem Interalliierten Militärröhmitee in Berlin Anweisung gegeben, die lokalen Besatzungsbehörden dahin zu instruieren, daß die drei Städte bis zum 15. August zu räumen sind.

Briands mögliche Gegenleistungen an Chamberlain.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Von einem Teil der Pariser Presse wird für die Reise Briands nach London der 10. August als Termin genannt. Ein endgültiger Beschluß liegt jedoch noch nicht vor. Die Festlegung des Zeitpunktes der Reise ist vielmehr von dem Verlauf des zwischen London und Paris geführten Meinungsaustausches abhängig. Als sicher kann jedoch angenommen werden, daß die geplante Ausprache noch vor Ende der nächsten Woche stattfinden wird. Es verläutet, daß auch der belgische Außenminister, Genosse Vanderveelde, zur Teilnahme eingeladen werden soll.

Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß Briand versuchen will, die bekannten Widerstände des englischen Außenministeriums gegen die französische Haltung zum Garantepakt durch das Angebot von Kompensationen auf anderen Gebieten zu überwinden. Darauf deutet auch eine Londoner Meldung hin, nach der man dort mit der Möglichkeit rechnet, daß im Laufe der Besprechungen, an denen außer den Außenministern selbst auf französischer Seite der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Berthelot, auf englischer Seite der Unterstaatssekretär Tyrrell teilnehmen werden, außer der Sicherheitsfrage auch die jüngsten Ereignisse in China, sowie die Regelung des Kasual-Problems und der Zone von Tanger erörtert werden sollen.

Aufstand gegen die Franzosen in Syrien.

Die „Times“ berichten aus Beirut, daß am Sonntag erste Zusammenstöße zwischen aufständischen Druzen des Libanons und Franzosen stattgefunden hätten. Wegen der außerordentlichen Hitze ist Wassermangel. Im Druzengebirge werde die französische militärische Aktion gegenwärtig wahrscheinlich auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Der Berichterstatter der „Times“ in Jerusalem erzählt von amtlicher Stelle, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß britische Truppen mit den Franzosen im Druzengebirge zusammenwirken. Die Druzen Palästinas seien sehr englandfreundlich und es werde nicht erwartet, daß irgend eine Tätigkeit der Druzen im Transjordanlande stattfinden werde, die sie in Konflikt mit den Engländern bringen würde. Nach weiteren Berichten aus Syrien leisteten die Druzen den Franzosen entzweielter Widerstand. In Libanons jüdische Angriffe seien am Sonntag bei Sidon abgebrochen worden, wobei die Franzosen schwere Verluste erlitten hätten.

Tants in Marokko.

Paris, 4. August. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden zum ersten Male Tants an der Marokkofront eingesetzt. In der Gegend von Quezjan bemächtigte sich der Kabylenarmee angeführter Panzerwagen eine ungeheure Panik. In verschiedenen Stellen flüchten die Eingeborenen in voller Aufregung.

Paris, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwoch vom „Matin“ veröffentlichte angebliche Friedensbedingungen, auf die sich Frankreich und Spanien in Madrid einigt haben sollen, werden vom Außenministerium als falsch bezeichnet. Die Angaben sollen weder in der Form, noch ihrem materiellen Inhalte nach, den Bedingungen entsprechen, von denen die Regierungen Spaniens und Frankreichs die Wiederherstellung des Friedens im nördlichen Marokko abhängig zu machen beschließen haben. Insbesondere soll die Mitteilung über die in Aussicht genommene neue Festlegung der Grenzen für die spanische, französische und die neutrale Zone von Tanger jeder tatsächlichen Unterlage entbehren. Abdelkrim sei davon verständigt, daß er von den Friedensbedingungen Kenntnis erhalten könne, sobald er in unabweisbarer Weise seine Absicht, in Verhandlungen einzutreten, kundgibt. Bisher aber habe er es vermieden, mit den von beiden Regierungen bezeichneten Delegierten in Berührung zu treten.

Langjährige politische Freiheitsstrafen in Sowjetgeorgien.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Nach achtzehntägiger Verhandlung fällte der Oberste Gerichtshof von Georgien das Urteil im Prozeß gegen das sogenannte „Parteiliche Komitee“, das im August einen Aufstand verursacht hatte. Der Vorsitzende des Komitees, Andronikashvili und die Mitglieder Tschimonia, Nghanabachvili und Tschemelidze wurden zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde aber in Andronikashvili, Iker Neus (I.) und Iker Beselidze, an den Sowjetaufgaben mitzuarbeiten, in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis fünfjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Einer wurde freigesprochen. 30 Verurteilte wurden nach der Urteilsverkündung begnadigt und sofort freigelassen. Als Hauptmaterialien beim Verbrechen im August beteiligten Mitglieder des Zentralkomitees der Nationaldemokratischen Partei eine große Rolle gespielt, in dem es sich herausstellte, daß die Tätigkeit des Parteilichen Komitees nach England hergeleitet wurde.

Finanzpolitik im Sextempo.

Regierungsvertreter Preußens, Sachsens und Bayerns gegen den deutschnationalen Reichsfinanzminister. — Annahme des Finanzausgleichs mit der Hauszinssteuer.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde die zweite Beratung eines Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsverhältnisse der Länder und Gemeinden fortgesetzt. Dr. Hüpper (Dem.) beantragt, das Steueraufschlagsgesetz aus den Gesetzen über die Besteuerung der Gemeinden, die sie betreiben oder auf dem Wege der Verpachtung betreiben lassen, zu überweisen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag Hüpper (Dem.) wird abgelehnt.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der übrigen Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen. Es folgt dann die zweite Beratung des Finanzausgleichsgesetzes. Das Gesetz bestimmt nach den Vorschlägen des Ausschusses, dass die Länder vom 1. Oktober 1926 ab von dem Aufschlag der Einkommen- und Körperschaftsteuer drei Viertel erhalten. Die Berechnung der Gemeinden regelt die Reichsregierung. Nach einem Antrag der Reichsregierung soll den Ländern und Gemeinden für ihre Anteile an den Steuern drei Steuern in den Jahren 1925 und 1926 ein jährlicher Beitrag von 2100 Millionen garantiert werden. In der Vorlage wird weiter bestimmt, dass der Reichsanteil höchstens April 1926 die Höhe der Friedensanteile erreicht haben muss. Die Hauszinssteuer wird nach der Vorlage als bisherige Hauszinssteuer und Boden von den Ländern und Gemeinden erhoben. Die Steuer wird nur zu einem Teil zur Deckung der Wohnungsbaukosten verwendet und dient im übrigen der allgemeinen Bedürfnissen der Länder und Gemeinden. Die Begründung der Vorlage macht

Reichsfinanzminister v. Schlieffen

die Ausführungen:

Eine Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern hat sich bisher nicht erzielen lassen. Die Regierung ist bereit, noch einen weiteren Schritt zu tun, in dem die Länder und Gemeinden bis zur Einführung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, d. h. in den Jahren 1925 und 1926, Überweisungen aus dem Reich an Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie Umsatzsteuer zur Höhe von 2100 Millionen Reichsmark garantiert. Dies ist, das Reich in Bezug auf das Gesamtaufkommen in den wichtigsten Steuern allein vom Reich getragen wird. Es weist den Vorschlag der Regierung zurück, die Einkommen- und Körperschaftsteuer auf zwei Punkte: Einmal wollten die Länder das Aufkommen an der Umsatzsteuer, und zwar Prozent von einem Gesamtaufkommen von 1500 Millionen, garantiert erhalten. Dies würde zur Folge haben, dass das Reich auch bei einer etwaigen weiteren Senkung der Umsatzsteuer das volle Risiko zu tragen hätte, ohne sich durch ein festes Aufkommen und höhere Überweisungsbeiträge aus dem Reich und Körperschaftsteuer heraus ziehen zu können. Die Länder des Reichs Schritt für Schritt die Einkommenbesteuerung wieder abnehmen. Dieses Ziel glaubt die Reichsregierung aus außenpolitischen sowie aus wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gründen entgegenzusetzen zu können. Die Basis der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches im Gebiete der Steuern müsse unbedingt aufrecht erhalten werden. Bei allem sei zu bedenken, dass es sich gegenwärtig um eine vorläufige Regelung handelt. Die endgültige Lösung des Finanzausgleichs soll den Ländern und Gemeinden im nächsten Jahr zu Einkommen- und Körperschaftsteuer. Da die Ausschussbeschlüsse für die Einführung dieses Gesetzes den 1. April 1927 in Aussicht nehmen, hat die Regierung die betreffende Regelung nur 14 Jahre Geltung.

Kreisfinanzminister Dr. Hüpper (Dem.)

macht dann den von den Ländern im Reichstag zu verabschiedenden Standpunkt. Die Mehrheit der Länder habe sich damit abgefunden, dass auf dem Gebiete der Einkommen- und Körperschaftsteuer dem Reich die Verwaltung überlassen werden sollte, aber sie müßten als Ausgleich für die Herabsetzung ihres Anteils an diesen Steuern eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer von 35 auf 40 v. H. verlangen. Die in dem Reichstag gebotene Gesamtgarantie nehme den Ländern die Forderung der Beteiligung an dem Gesamtaufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Länder hätten aber an einer solchen Regelung das größte Interesse. Sie würden sich mit der Senkung der Umsatzsteuer abfinden, wenn ihnen 2100 Millionen Reichsmark aus der Umsatzsteuer garantiert werden. Im anderen Falle würden die Länder gezwungen sein, die Steuer zu erhöhen, auf die Erfüllung notwendiger Ausgaben zu verzichten.

Die Regierung zur Sparbarkeit sei von den Ländern nicht zu erfüllen, als es dem Reich möglich war. Das Reich könne die größten Verwaltungen abgebaut. Bei den Ländern

sei ein Abbau viel schwerer möglich. Bei der Schulpflicht werden Sie nicht abbauen wollen (Rufe bei den Komm.: Wir doch! — Heiterkeit). Die Zahl der Strafgefangenen hat sich von 40 000 auf 60 000 erhöht, da ist ein Abbau der Justizverwaltung nicht möglich.

Mit wenigen Ausnahmen ist das Gros der Gemeinden in einer bitteren Notlage. Das Reich schneidet die Einkommensmöglichkeiten der Länder und Gemeinden viel zu hoch ein. Die Überschüsse aus dem Etat Preußens sind zugunsten der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes verwandt worden. (Hört, hört und Rufe links: „Da schneidet die Rechte!“) Die Länder hoffen auf eine Weiterentwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Sie wollen sich ihren Anteil daran nicht nehmen lassen. Mit Zentralismus und Zentralismus hat das Reich nichts zu tun, höchstens mit Zentralismus und Dezentralismus. Der Vermittlungsvorschlag der Länder geht schon an die Grenze des Möglichen entgegen. Wird dieser Vorschlag, der einmütig von allen Ländern gemacht wird, abgelehnt, so wären die Länder leider in die Notwendigkeit versetzt, gegen die Beschlüsse des Reichstags Einspruch im Reichsrat zu erheben.

Bayrischer General v. Preger erklärt, die bayrische Regierung habe immer eine reinliche Scheidung zwischen der Finanzwirtschaft des Reiches einerseits und der der Länder und Gemeinden andererseits erstrebt und darum auch der Erbschaftsteuer Finanzreform widerstanden. Der Finanzausgleich komme diesem Standpunkt Bayerns wenig entgegen. General v. Preger schließt sich durchaus dem Vertreter Preußens an.

Sächsischer Finanzminister Reinhold

betont unter dem Vorbehalt der Linken, es sei erst neueren Datums, daß die jetzigen Regierungsparteien das Streben nach größerer finanzieller Selbstständigkeit als Schmerzverbrechen betrachteten. Die Tatsache, daß das geradezu jämmerlich reichstruende Sachsen in der vorliegenden Angelegenheit mit den übrigen Ländern zusammenzugehen, sei doch schon der Beweis dafür, daß dieses Vorgehen nichts mit Partikularismus zu tun hat. Das Reich könne nur eine geringe Mehrzahl, um den Ländern durch ein Eingehen auf ihren Kompromißvorschlag die Notwendigkeit einer stärkeren Anspannung der Realisten zu ersparen. Die Folge einer solchen Anspannung würde eine neue Preissteigerung und würden neue Lohn- und Gehaltserhöhungen sein. (Beifall links.)

Abg. Junke (Soz.) erklärt, seine Freunde wären Gegner des für später angeknüpften Zusatzrechts der Länder und Gemeinden. Wenn jetzt das Zusatzrecht nach in der Vorlage steht, so sei das bei den Regierungsparteien der Antrag am Maß, das auszupreden, was sie wollen.

Abg. Koch-Meier (Dem.) betont, daß die Regierung, der Abgeordnete Dr. Hüpper habe mit unrichtigen Zahlen gearbeitet, durch die die Höhe des Finanzausgleichs keine Befriedigung gefunden habe. Interessant sei, daß die Reichsregierung heute geschlossen für die Erbschaftsteuerform einträte.

Abg. v. Giese (Zögl.) ist der Ansicht, daß das, was die Länder in ihrem letzten Vorschlage anbieten, durchaus gesund und annehmbar sei.

In der Erörterung begründet Abg. Silberstein (Soz.) Anträge zur Minderzinssteuer. Danach sollen nicht mehr als 20 Prozent der Friedensanteile zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs vorbehalten werden. 10 Prozent des Steuer- und Zinsaufkommens sollen zu Minderzins für zahlungsunfähige Mieter verwendet werden. Nach einem weiteren Antrag soll die Miete höchstens 100 Prozent der Friedensanteile betragen dürfen, während sie nach der Ausschussvorlage vom 1. April 1926 ab mindestens 100 Prozent betragen soll. Ein neuer Antrag der Reichsregierung will in der Bestimmung des Wortes „mindestens“ zweifeln.

Abg. Dr. Kütz (Dem.) bezeichnet die Hauszinssteuer als eine Kopfsteuer, die jetzt noch nicht erträglich sei, aber den Anforderungen an eine gerechte Steuer nicht genüge. Es müßte schon im Gesetz der Zeitpunkt bestimmt werden, an dem die Hauszinssteuer aufgehoben werden muß.

Abg. Spitzki (Soz.) verlangt, daß mindestens 20 Prozent der Friedensanteile zur Förderung der Bautätigkeit verwendet werden.

Abg. Schneider (Dem.) hält es angeht, daß die Vorlage der Länder für unannehmlich, daß für eine gewisse Zeit ein Fünftel des Aufkommens der Hauszinssteuer auch für die allgemeinen Finanzbedürfnisse der Länder verwendet werden muß.

Abg. Frau Schreier (Soz.) legt sich für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der im Rahmen des Finanzausgleichs festlegen will, daß die Wochenhilfe wieder vom Reich übernommen wird.

Im § 27a der Vorlage zum Finanzausgleich heißt es: „Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichstages die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Im

1 April 1926 müssen die Mieten mindestens 100 Prozent der Friedensanteile betragen.“

Abg. Tremmel (Soz.) begründet hierzu den Änderungsantrag, der das Wort „mindestens“ streichen und den besonderen Bedürfnissen kinderreicher Familien Rechnung tragen will.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der die Leistungen der Wochenfürsorge wieder vom Reich übernommen werden will. Diese Forderung müsse durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Abg. Watz (Wirtsch. Volk.) bekämpft die Hauszinssteuer, die noch mehr als die Mieten die Hausbesitzer schädige.

Abg. Reil (Soz.):

„Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion habe ich zu erklären, daß ihr Verhalten bei der Abstimmung über die §§ 1 bis 3a als Stimmenthaltung zu betrachten ist. Die Fraktion hat in dem parlamentarischen Spieltrieb dieser Tage nicht die Möglichkeit gehabt, zu den wechselnden Situationen, die sich aus den fortwährenden Verhandlungen hinter den Kulissen über die Anteile der Länder am Ertrage von Reichs- und Körperschaftsteuern, absehend Stellung zu nehmen. Sie behält sich ihre endgültige Entscheidung bis zur zweiten Lesung vor.“

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wurden dann die Kompromißvorschläge zum Finanzausgleich mit der Hauszinssteuer und den Bestimmungen über die Erhebung der Mieten in zweiter Lesung angenommen. Den Ländern werden also dem Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Reichsmark garantiert.

In der Bestimmung, wonach bis zum 1. April 1926 die Mieten mindestens 100 Prozent der Friedensanteile ausmachen sollen, wurde das Wort „mindestens“ gestrichen. Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hauszinssteuer verfielen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten geschlossen, die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steueranträge sind damit in zweiter Lesung erledigt.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag mit der Tagesordnung: Interpellation und Anträge über die Ausweisung deutscher Diplanten aus Polen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Minister beim Internationalen Sozialkongress.

Bekanntlich bestimmen die Statuten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, daß Sozialisten, die ein Amt in der Regierung ihres Landes innehaben, nicht gleichzeitig Mitglieder der Exekutiv der Internationale sein können. Das hindert jedoch nicht, daß unter den Delegierten zum Internationalen Kongress in Warschau eine Reihe aktiver Regierungsmitglieder als Vertreter ihrer Partei Platz nehmen werden. So befinden sich unter den Mitgliedern der schwedischen Delegation der Ministerpräsident Schweden, Genosse Richard Sandler, der Minister für soziale Verwaltung Gustav Möller und der Landesverwaltungsminister P. Robin Hansson. Als Delegierter der belgischen Arbeiterpartei wird der gegenwärtige Minister des Innern in Belgien, Genosse Vandervelde, nach Warschau kommen. Die Teilnahme anderer belgischer Minister steht noch nicht fest.

Die Reparationskommission.

Die durch den Dawesplan in ihrem Bestande wie in ihren Funktionen stark beschränkt, hat nunmehr das luxuriose Hotel Astoria, in dem sie seit sechs Jahren untergebracht war, mit wesentlich bescheideneren Räumen vertauscht. Die erzielte jährliche Ersparnis wird auf mehrere Millionen veranschlagt.

Rein Frauenstimmrecht in Belgien.

Der belgische Senat lehnte am Mittwoch mit 71 gegen 58 Stimmen bei 5 Enthaltungen das Frauenstimmrecht für die Provinzwahlen ab.

Polnisch-russisches Grenzabkommen.

Vorgelesen wurde in Moskau das polnisch-russische Abkommen über die Beilegung der polnisch-russischen Grenzangelegenheiten. Dementsprechend wird sich in den nächsten Tagen eine fünfköpfige polnische Abordnung nach Jambel in Woschnien, dem Ort der künftigen polnisch-russischen Besprechungen, begeben.

Ein rumänischer Vorstoß gegen den Schutz der Minderheiten.

Die rumänische Regierung, die seit Jahren ihr politisches Vorbild in ungarischer und italienischer Form erblickt, glaubt der sozioökonomischen Entwicklung nationaler Minderheiten des rumänischen Staates nur durch rücksichtslose Verfolgung Herr zu werden, obwohl die nur zwölf Millionen Rumänen immerhin eine nationale Minderheit von fünf Millionen beherbergen. Die mit vieler Mühe zustandegekommene, an sich schon völlig unzulängliche Minderheitengesetzgebung Rumaniens wird jetzt durch einen Gesetzentwurf der Regierung Bruttanu aus der Schere geführt. Das Gesetz verleiht den nationalen und konfessionellen Minderheiten, das den Minderheiten sowohl durch den rumänischen Friedensvertrag als auch durch Rumaniens Beteiligung am Völkerbund zusteht, soll durch ein einfaches Gesetz abgelehnt werden. Die rumänische Regierung muß sich außerordentlich schuldhaft fühlen, wenn sie sogar eine völlig vorurteilsfreie Untersuchung erhöhter Beschwerden durch Organe des Völkerbundes fürchtet.

Aus aller Welt.

Zum hundertjährigen Todestage Jean Pauls.

Zum Gedenken an Jean Pauls, dessen Todestag sich im Oktober zum hundertsten Male jährte, fand in Würzburg, in der Hauptstadt des Dichters, unter zahlreicher Anteilnahme der Bevölkerung und vieler auswärtiger Gäste eine feierliche Gedenkfeier vor dem Denkmal und dem Geburtshaus Jean Pauls statt.

Typhus in Mexiko.

In Mexiko ist Typhus ausgebrochen. Bis jetzt wurden 1700 Erkrankungen gemeldet. Todesfälle sind glücklicherweise nicht zu verzeichnen.

Feuerschiff an der japanischen Küste.

Feiern vormittags ist in Georgenswalde, 800 Meter westlich von Bismarck, die Steilböschung in etwa 40 Meter Länge und 5 Meter Breite mit den darauf befindlichen Ruhestellen und Windfängen abgebrannt. Die Steilböschung ist nicht zu Schaden gekommen. Die Ursache der Gefahr weiterer Untersuchungen ist die Schiffspermanenz, die der Wellenweg nach Warnitz für den Verkehr gesperrt hat.

Wieder Straßenbahnverkehr in Berlin.

In Reinickendorf bei Berlin fuhr ein Straßenbahnwagen nach dem Brande auf einen anderen Straßenbahnwagen über. Die Personen wurden verletzt, die Wagen sind bei einem Zusammenstoß erhalten geblieben, in ihre Wohnungen gebracht.

Ein seltsamer Brautpaar.

Ein Hochzeitspaar in Leipzig-Plagwitz erregte nicht geringes Aufsehen. Der Brautigam trug Kavaliersuniform, die Braut ein weißes Kleid mit schwarzen Aufschlägen, Brautkranz und Brautkissen. Voraus fuhr ein Junge von vier Jahren als Aushilfsknecht. Der Brautpaar dem Brautpaar des Brautpaars.

Wunder—Sachen in zwölf Stunden.

Im letzten ist die schwebende Luftschiff-Wunder-Sachen in einem Tage zurückgelegt worden. Der Wunder des schwebenden Wunder-Sachen mit dem Wunder-Sachen.

Luftverkehr des Welt-Fluggeschäfts Hermann an Bord verließ München um 8 Uhr vormittags und war abends 8 1/2 Uhr bereits in London. Die zurückgelegte Strecke beträgt in der Luftlinie 1200 Kilometer.

Unwetterkatastrophen in Galizien.

Die in der Nacht von Montag zu Dienstag über die Gegend von Krakau niedergelagerten Kältebrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsböden sind an verschiedenen Stellen aus den Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Überschwemmung wurden ungefähr 3000 Familien betroffen.

Durch Westfalenländer ins Meer getrieben.

Nach einer Mitteilung des „Journal“ aus Newport sind dreizehn Seeleute, die zur Beladung des Petrovskidampfers „Sankt“ gehörten und die von den Offizieren an Bord besonders schicklich behandelt wurden, in dem Augenblick, als das Schiff nach England in See ging, ins Meer gesprungen. Sechs von ihnen sind ertrunken.

Eine Veränderung des Meeresspiegels.

Eine auffällige, erregende deutliche Veränderung des Meeresspiegels ist laut „Frankfurter Zeitung“, im Golf von Biscaya zwischen der spanischen und französischen Küste beobachtet worden. Dort befindet sich bisher eine auf allen Seiten unter dem Namen „Golf von Biscaya“ eingetragene Tiefe, die von 2000 auf 1000 Meter abfällt. Der Kapitän des „Corre“, der Anfang dieses Jahres in der dortigen Gegend Messungen vornahm, hat festgestellt, daß diese Tiefe völlig verschwinden wird, und daß der Meeresspiegel dort auf der Seeoberfläche verzeichneten Stellen nur noch eine Tiefe von 30 bis 150 Metern aufweist. Diese Veränderung ist inzwischen durch willkürliche Messungen bestätigt worden. Das Phänomen wird auf eine Erdbewegung zurückgeführt, die, wie man annimmt, mit dem japanischen Erdbeben vom 22. Mai zusammenhängt.

Das neueste Glückseligkeit der Welt.

Der amerikanische Filmstar Famous Players-Lasky Corporation soll die Filmstar Gloria Swanson die hohe Summe von 17 500 Dollar für die Rolle spielen. Die 30-jährige Dame hatte bis vor einiger Zeit dem Namen „Wanderer“, aber mit dieser Bekanntheit mußte auch die Angebote an sie und die Gehälter für sie, die sie verdienen, hat sie dem Filmstar 15 000 Dollar, was sie nicht nur als Glückseligkeit, sondern auch als

aufgehen. Das ist die höchste Gage, die zurzeit in der Filmwelt gezahlt wird — in deutschem Gelde jährlich etwa 3 822 000 Mk.

Muß eine treulose Geliebte zurückgeben?

Ein Pariser Gericht hat eine eigenartige Entscheidung in einem Prozeß gefällt, den ein Pariser Bankier gegen seine Geliebte führte. Der Kläger, der verheiratet war, nahm sich im Jahre 1913 eine Geliebte, die er mit Geschenken überhäufte. Er schenkte ihr eine Villa für 700 000 Franken und dieselbe Summe in Wertpapieren. Die junge Dame aber hielt dem freigebigen Herrn trotzdem nicht die Treue, worauf dieser sofort die Beziehungen abbrach. Er wandte sich an das Gericht, um die Rückgabe seiner Geschenke zu erlangen. Das Gericht aber entschied, daß die Dame befreit sei, die Geschenke zu behalten, da sie nur verpflichtet gewesen sei, die Treue zu halten, wenn diese Bedingung ausdrücklich an die Geschenke gebunden gewesen sei. Ihre Handlungen seien also nicht als Undankbarkeit in dem gesetzlichen Sinne zu qualifizieren. Der Kritiker des französischen Gesetzbuches erklärt, daß eine Schenkung unter Verbeden bei Undankbarkeit rückgängig gemacht werden kann. Unter den Beispielen solcher Undankbarkeit, die nach einer ausgesprochenen Scheidung eine Frau zurückgeben können, die vom Ehemann erhaltenen Geschenke zurückgeben, führt das Gericht Gebrauch an. Nach der Entscheidung des Pariser Gerichts ist die Ehefrau unbedingt zur Treue verpflichtet, die Geliebte nicht.

Eine Bekanntheit des polnischen Demokraten.

Von dem polnischen Dichtern Augustyn Krasiński, die polnischen Demokraten, hat Herr v. Ardenne, der Uebersetzer des Werkes eine gelungene Ausgabe fertiggestellt, die demnächst im Herbst dieses Jahres im Verlag Eugen Diederichs erscheinen wird.

Die Frauenstimme im Sanftsprecher.

In London hat man in letzter Zeit Versuche angestellt, um festzustellen, ob die Stimme der Frau oder die des Mannes im Sanftsprecher deutlicher hörbar ist. Auf Grund der Ergebnisse dieser Versuche sind jetzt im Londoner St. Pancras-Hotel Proben zum Auslesen der abgehenden Züge angestellt worden. Durch Lautsprecher werden diese Ankündigungen in den Wartehallen des Stationsgebäudes ertönen. Man hat festgestellt, daß die Frauenstimme trotz ihrer geringeren Frequenz und Klangkraft besser und deutlicher ist und deshalb im Sanftsprecher vorzuziehen ist als die Männerstimme.

Die Frauenstimme im Sanftsprecher.

In London hat man in letzter Zeit Versuche angestellt, um festzustellen, ob die Stimme der Frau oder die des Mannes im Sanftsprecher deutlicher hörbar ist. Auf Grund der Ergebnisse dieser Versuche sind jetzt im Londoner St. Pancras-Hotel Proben zum Auslesen der abgehenden Züge angestellt worden. Durch Lautsprecher werden diese Ankündigungen in den Wartehallen des Stationsgebäudes ertönen. Man hat festgestellt, daß die Frauenstimme trotz ihrer geringeren Frequenz und Klangkraft besser und deutlicher ist und deshalb im Sanftsprecher vorzuziehen ist als die Männerstimme.

Die Frauenstimme im Sanftsprecher.

In London hat man in letzter Zeit Versuche angestellt, um festzustellen, ob die Stimme der Frau oder die des Mannes im Sanftsprecher deutlicher hörbar ist. Auf Grund der Ergebnisse dieser Versuche sind jetzt im Londoner St. Pancras-Hotel Proben zum Auslesen der abgehenden Züge angestellt worden. Durch Lautsprecher werden diese Ankündigungen in den Wartehallen des Stationsgebäudes ertönen. Man hat festgestellt, daß die Frauenstimme trotz ihrer geringeren Frequenz und Klangkraft besser und deutlicher ist und deshalb im Sanftsprecher vorzuziehen ist als die Männerstimme.

Die Frauenstimme im Sanftsprecher.

In London hat man in letzter Zeit Versuche angestellt, um festzustellen, ob die Stimme der Frau oder die des Mannes im Sanftsprecher deutlicher hörbar ist. Auf Grund der Ergebnisse dieser Versuche sind jetzt im Londoner St. Pancras-Hotel Proben zum Auslesen der abgehenden Züge angestellt worden. Durch Lautsprecher werden diese Ankündigungen in den Wartehallen des Stationsgebäudes ertönen. Man hat festgestellt, daß die Frauenstimme trotz ihrer geringeren Frequenz und Klangkraft besser und deutlicher ist und deshalb im Sanftsprecher vorzuziehen ist als die Männerstimme.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2543

Gesamtgastspiel
des
**Wiener
Ronacher
Theaters**
Regien 8 Uhr:

**Der...
Die...
Das!**

Größe
Ausstattungs-Revue
in 21 Bildern.

Möbel
aus erster Hand
aber am billigsten!
Ganze
Wohnungs-
Einrichtungen
Küchen
Einzel-Möbel
bei bequemen Teil-
zahlungen u. kleiner
Anzahlung.

**Gustav
Rosenblatt**
Möbelschneiderei
Kohlenstr. 13.

B. Bollferge
Wtr. 1.40-2.00 Wtr. Körper
Wtr. 70 Wtr. Gemischt Wtr.
45 Wtr. bis 1.50 Wtr. Kermel-
futter 90 Wtr. bis 1.30 Wtr.
Ganz 1000 Wtr. in allen
Marken 40 bis 90 Wtr. 3570
Kernjeife 700 Gmsun 65 Wtr.

Berthold Lippert
Seimstr. 16.

**Schlager auf
Schlager** S. S.
Getr. Kupfer 2.10 Wtr. an
Getr. Paletts 2.70 Wtr. an
Getr. Paletts 2.3 Wtr. an
Getr. Seiten 2.1 Wtr. an

Weidenberger Str. 3

Lachen links!

**Das Witzblatt
der Republik**
Heft 20 Pinnige.

Zu beziehen durch die Buch-
handlung „Volksrecht“ und
die Zeitungsträgerinnen.

**Buchdruckerei
Volksrecht**
BRESLAU 2
Flurstraße 40

übernimmt die An-
fertigung sämtlicher
Druck-Arbeiten für
Industrie, Handel,
Vereine u. Gewerk-
schaften in ein- und
mehrfarbiger An-
führung bei preis-
werter Berechnung
und schnellster
Lieferung.

Spezialität:
Massenaufträge
(Rotationsdruck)

Schlesisches Landesorchester.
Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Sudpark-Konzert.
Symph. Nr. 3 e-moll Gernheim.

Hauptstadtkonzert an der Jahrhunderthalle.
Heute Donnerstag, Anfang 7 1/2 Uhr:
I. Konzert des Stadttheater-Orchesters
Leitung: Kapellmeister Holmut Seidelmann. 3590

Wichtig! Republikaner! Wotung!
Samstag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr.
findet bei Wittke, Zimpeler Weg,
„Zur Erholungshütte“ eine
Verfassungsfeier
unter Mitwirkung der Fr. Turnerstadt Zimpel statt.
Getreide, Gartenkonzert, Tanz, Vorführung,
Kinderfest, Solistschleistungen, Tanz
Festung um 3 Uhr nachmittags, von
der Sitzung Zimpel, Droßelweg ab.
Einkitt frei! 3583
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Der Festausf. d.

David: Referentenföhner.
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pl., auswärts 10 Pl. Porto.

Volksrecht-Buchhandlung (Moderne Antiquariat)
Breslau III, Neue Grapenstr. 5.

Fahnen
Erich Mirsch
Aisenstraße 18.

Möbel
aus
erster
Hand
billiger.
aus
erster
Hand
billiger.
aus
erster
Hand
billiger.

G. Fuchs
Büchlermeister
Breslau, 24. Der Linden
und Al. Bäckstraße 7, I,
an der Siegenstraße.

Genossen!
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volksrecht!



Freude an der Wäsche hat jede Hausfrau nur dann,
wenn sie das Hausfrauentuch
„Treffer“
ohne jede Füll-Appretur verarbeitet.
Zu beziehen in allen einschlägigen Geschäften.

Zur Zeit bei folgenden Firmen ausgestellt:
Julius Henel vorm. C. Fuchs, Am Rathaus 21.
Hermann Jaekel, Weidenstraße 34.
Georg Land, Ohlauer Straße 78.
J. Mamlock G. m. b. H., Kupferschmiedestraße 42.
Benno Schenk, Neumarkt 9.
Geschw. Trautner Nachfolger, Ring 49.

Monteur-Anzüge . . . Mk. 6.75
Arbeits-Hosen 4.45
Berufs-Kleidung
Wilhelm Knauerhase
Breslau I, Kupferschmiedestr. 16
v. 2- bis 2. Hand
Taschengeld kostet jeweils 2 Pf. Extra!

**Geldene
Zeichen**
Geldes Lager, billige Preise.
Die Frau tolle Zeichnung zeigt
bei 40 Pf. Zeichen mehr 5 Pf.
Alfred Stübgen
Carnischstr. 51 2d. Dk. 5153
Wichtig! Das neu. mit 100 Pf. Zeichen
Zeichnung! 5 Pf. Zeichen zeigt es mit noch
in der Schmiedestraße,
nicht mehr in der Schmiedestraße.

Fußball - Stiefel

Große Kinder-Woche
Tausende Paare bedeutend unter Preis!

Braune Rindbox-Kinder-Schnürstiefel 5.90
Größe 30/35

Braune Sportleder-Knab.-Schnürstiefel 7.15
feste Lasche, Größe 31/35

Riesen-Kinder-Stiefel 2.90
mit Lackkappe, Gr. 31/35

Damen-Lack-Schnürschuh 8.90
elegant, geschwollter Absatz, Gr. 35/38

Herren-Rindbox-Schnürschuh 7.90

Herren-Schnürstiefel 10.75
mit Einsatz

Herren-Gebirgs-Stiefel 12.90
feste Lasche, wasserdichtes Futter

Rindleder-Sandalen 3.00 3.60 4.40 5.25 6.25
Größe 23/26 27/30 31/35 35/42 Herren

Turnschuh mit Chromleder-Sohle 1.45 1.75 2.10
Größe 27/30 31/35 35/42

Kinder-Stiefel 2.25
Größe 18/21

Riesen-Kinder-Stiefel 2.25
durchgeh., mit prima Böden, Gr. 23/26

Damen-Gebirgs-Stiefel 10.50
schwarz Rindb., feste Lasche, 36/42

Damen-Spangen-Schuh 6.75
Sandaletts und Dorn-Schnalle, 35/42

Damen-Schnür-Halbschuh 5.90
mit halber und hohem Absatz

Damen braun Spangenschuh 7.15
Sandaletts und Gitterspange

Flexible Sandalen, prima Fabrikat
Gr. 18/22 23/26 27/30 31/35 Dam. Herren
3.30 3.90 4.80 5.60 6.10 7.25

Sandalen, Segeltuch mit Leder-Garnierung
Gr. 20/24 25/26 27/30 31/35 Dam. Herren
1.35 1.50 1.80 2.15 2.40 2.85

Kinderstiefel mit braunem
Einsatz Gr. 21/24 2.65

Schwarze Wiedleder-
Kinder-Schnürstiefel Größe 27/30 4.40
Größe 31/35 4.80

Prima Fahlleder-
Kinder-Schnürstiefel Größe 27/30 4.90
Größe 31/35 5.40

Reich & Glücksmann Garlensstr. 37 hpt.
neben dem Konzerthause. Kein Laden. 5487

Volks-Schuhhaus Fischer
Gräbschener Straße 82
neben der Eisenbahn-Unterführung.

Reit - Stiefel

Einmaliges Angebot!
Holländischer Rauchtabak
100 g-Paket 0.20 Mk.
250 g-Paket 0.50 Mk.
Verkauf nur solange Vorrat.

Leopold Siedner, Antonienstr. 8.

Reklame-Angebot
für Freitag und Sonnabend
7. 8. 8. 8.

**Ein herrliches Mehl
für wenig Geld**
verkauft wir
an diesen beiden Tagen

Weizenmehl (000) 1 Pfund nur 21 Pf.
Weizen-Auszugmehl 1 Pfund nur 23 Pf.
Kaiser-Auszug (Grießmehl) 1 Pfund nur 25 Pf.
Weizengrieß 1 Pfund nur 25 Pf.

Alten Breslauer
35 %
Unsere in ganz Deutschland berühmte
Edel-Liköre
320 360 per Liter
Mk. und per Liter
von Riesenfässern. Flaschen mitbringen
Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48.

Achtung!
Sommerreisen und Wandern
Führer und Wegkarten (mit den offiziellen
Farbenmerkungen der Touristenwege) für
schlesischen Gebirge und Landschaften in großer
Auswahl vorrätig!

Zum Ausschicken! Einige Tausend
Lektüre für jeden Geschmack und in jeder
Preislage.

Volksrechtbuchhandlung
Breslau III, Neue Grapenstraße 5
modernes Antiquariat.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftsbaus, Zimmer 36
Telephon: Dste 3652.



General-Vorstand, Freitag, den 7. August, abends
wichtige Sitzung im Parteisekretariat.

Abend, Freitag, den 7. August, abends 7 Uhr
Jahresversammlung der Gewerkschaften des neuen Bezirks.

Abend, Sonntag, den 8. August, abends 7 Uhr
Sitzung des Ausschusses für die Gewerkschaften des neuen Bezirks.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. August.

Die teuren Fleischpreise.

Von Veritas.

Der alte Lateiner Cicero sagte einst: „Cibi condimentum est.“ (Der Speise ist der Hunger.) Ueber Mangel an Fleisch können wir uns also in unserer heutigen Zeit wirklich beschlagen. Die Preiskata der wichtigsten Lebensmittel zeigt die Zeit eine hervorragende Veranlagung zum Klittern. Die Klittererei ist weiter, denn wird es auf den Tisch der täglichen Bevölkerung bald noch farger aussehen als bisher. Gemüts — in diesem Falle der Hunger — ist eine sehr böse, wenn die notwendigen Mittel zur Beschaffung der Speisen fehlen. Man mag über den Wert vegetarischer Ernährung denken wie man will, das Gros der Schaffenden benötigt zur Stärkung seiner Kraft Fleisch. Wie soll aber der Arbeiter und Arbeiterin bei seinem meist kümmerlichen Einkommen dem Körper den notwendigen Nahrungstoff zuführen? Es ist ein dringendes Erfordernis, berufene städtische und staatliche Stellen der wirtlichen Nahrungsbereitstellung energisch einzusetzen. In der gleichen Weise, Stadt und Staat dem Volke gegenüber Mittel und Wege zu finden, das dieses streng seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, muß auch ein Weg gefunden werden, die Preise der lebenswichtigsten Waren einer behördlichen Kontrolle zu unterziehen. In wirtschaftlich ein unhaltbar ungesunder Zustand, wenn in der Zeit, wo ein großer Prozentsatz von Deutschen ein Hungergefahr führen muß, der andere Teil Gewinn auf Gewinn häuft im Überfluß schmeißt.

Wie den Lesern unserer „Volkswacht“ bekannt sein dürfte, hat die Sitzung der Breslauer Fleischervereinigung am vergangenen Sonntag mit einer weiteren Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise zu rechnen. Warum? Herr Obermeister Schmidt brachte „interessante“ Entwürfe, daß die Spanne zwischen dem Verkaufs- und Wurstpreise gegenüber 1914 nur 25 bis 35 Prozent betragen sei.

	1914	1925	Prozent
Rindfleisch	1.— M	1,40 M	40
Schweinefleisch	0,80 M	1,20 M	50
Schweinefleisch	1.— M	1,30 M	30
Zeit	1.— M	1,40 M	40
Rindfleisch	0,60 M	1,20 M	100
andere Wurstsorten durchschnittlich			100—200

Ich habe die Zahlen von 1914 und 1925 in eine Prozentzahl gebracht, die bei genauerer Berechnung sicher noch über den angegebenen Prozentsatz hinausgeht. Aber selbst bei obiger, Herrn Schmidt günstigen Aufstellung zeigt sich, daß die heute angegebenen 25 bis 35 Prozent Spanne zwischen dem Verkaufs- und Wurstpreise fast 50 Prozent einer Erhöhung entsprechen können, was ich nicht unterschätzen; denn für uns ist es weniger darauf an, wie sich die Preise von 1914 zu den von 1925 verhalten, sondern wieviel Prozent der Herren Fleischler heute verdienen. Der Kernpunkt liegt in der Feststellung, ob die fortwährende Preissteigerung ihre Begründung hat. Und das glaube ich ohne Sonderliches „Hinter die Kulissen“ mit „nein“ beantworten zu können. Tausende Arbeiter Angestellten und unteren Beamten leben von der Hand zum Mund und auch das noch sehr schlecht. Viele werden von Geschäftsteilnehmern in den Worten wahrer Enttäuschung um ihre Existenz, demselben viele, viele Arbeiter sich um Auto ankaufen, die Lebensräume prunkvoll ausstatten, große Badereisen unternehmen. Und das nicht nur die „Unantastbaren“. Ich kenne einen Fleischhändler, im Zentrum der Stadt, abgelegenen vom eigentlichen Betriebe, der noch ein unscheinbares Geschäft. Heute innen vollkommen mit Kacheln belegt, außen neu hergerichtet, alles aufs feinste eingerichtet. Ein Auto soll in den nächsten Tagen eintreffen. Und trotz dem die Fleischhändler eine unfeindliche, unempfindliche der Kundenbedeutung hat. Soll man da wirklich noch an die Bedenken der Herren Fleischler glauben? Mühen dem darübenden Volke die Augen geöffnet werden? Wir stehen auf Brunnen, wir verlangen nur Sauberkeit und eine Preisermäßigung. Und deshalb verlangen wir von den Herren Fleischhändlern, daß allen Leuten, die für die Volkswirtschaft in Frage kommen, der Prozentfuß des Verdienstes geschrieben wird.

Geschäftsaussicht und Badereise.

Zu den wenig erfreulichen Erscheinungen unseres heutigen Geschäftslebens gehören die Geschäftsaussicht; Leidtragende hier jumeist die Angestellten. Entlassungen werden vorzuziehen, die Gehälter und Löhne verringert, aber zu der Badereise für den Herrn Chef und seine Angehörigen ist es meistwiderwillig meistens doch. Und während die Angestellten vor dem Kaufmanns- oder Gewerbegericht um die notwendige Lohn kämpfen müssen, amüsiert sich der Herr Chef an solcher Fahrt. Am Freitag, den 7. August, wieder vor dem Kaufmannsgericht zur Verhandlung. Der Reisende sah, fragte gegen die Firma wegen Nichtzahlung der Provision, Spesen und ein Guthaben von 100 Mark. Zur Verhandlung war keiner der Angehörigen erschienen; der eine ist, wie der Vertreter behauptet, nach Bildungen gefahren, aber nur „geschäftlich“. Die Firma steht unter Geschäftsaussicht, die Berechtigung der Firma des Klägers wurde bestritten. Dieser verlangte nun vom Gericht, das Larifschafes seit April in Höhe von 320 Mark zu zahlen. Es ist ihm zum 1. August genügt worden, er bestreitet in großer Kost und verlor wenigstens Zahlung Guthabens für Juni. Vom Gericht erhielt der Vertreter der Firma den Befehl, daß 100 Mark pfändungsfrei seien und die Firma genügt werden müsse. Es wurde dann ein Teil Guthabens, wonach die Firma zur Zahlung von vorläufig 100 Mark verurteilt wurde. Im übrigen wurde die Sache der Klage der Beklagten.

Um Droschkenhalteplatz.

Vor einigen Wochen brachte eine illustrierte Zeitung zwei Bilder der Fifth Avenue in New York. Das eine, vor rund einem Dutzend von Jahren aufgenommen, zeigte den schon damals außerordentlich regen Verkehr in der berühmten Straße; mehrere Reihen Wagen aller Art, darunter, besonders angekreuzt und nur dadurch besonders herausgehoben, ein einziges Auto. Das andere Bild, 1925. Die Straße ist noch voller, die Reihen der Gefährte haben sich vermehrt, aber nun sind es nur noch Autos, die in drangvoller Hast ihren Weg suchen. Augenblicklich als diese statistische Tabellen illustrieren diese beiden Photographien die fortschreitende Mechanisierung und Beschleunigung des Straßenverkehrs.

Wenn wir selbstständig in Breslau auch noch nicht derartige amerikanische Verhältnisse haben, so ist doch eine eintretende ähnliche Wandlung im Straßenbild wie in New York zu spüren, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann bei uns eine Photographie gemacht werden kann, die als besondere Schemenwürdigkeit den letzten Pferdebespannten Wagen aufweist. Schrittweise aber unauffällig macht sich so auch im Fuhrunternehmen der Zwang zur Umstellung des Betriebes geltend, sicher teilweise verbunden mit der hierbei immer auftretenden, für den einzelnen sehr unangenehmen, ja lästigen wirtschaftlichen Nöten. Hier wird ein Fuhrwerksbesitzer nicht zur



Anschaffung eines Autos scheitern können, während die alte Kutische ein immer weniger rentables Kapital wird; dort ist einem brauen alten Kutscher nicht mehr möglich, auf seine alten Tage Chauffeur zu spielen. Relativ kleine Epochen im Maschinenbau und in der Zeit, — bitteres Schicksal für den jedoch, der davon betroffen wird.

Auch im Droschkenwesen ist seit 1914 eine leichte Veränderung zugunsten des Motorbetriebes eingetreten. Die Anzahl der Pferdebetriebenen ist mit nicht ganz 500 ungefähr dieselbe geblieben, während sich die Autodroschken von 49 auf nicht ganz 100 Prozent auf rund 90 vermehrt haben. Die neu hinzugekommenen Gefährte entfallen also sämtlich auf die Kraftdroschken, die technisch fortgeschritteneren.

Man sieht an diesem Beispiel, wieviel friedlicher und weniger stürmisch die Verkehrsentwicklung bei uns vor sich geht als in Amerika. (Die deutschen Autosolle um ihr übriges!) Wir brauchen also für unsere „Droschken“ noch keine Totenklagen anzustimmen. Noch und wahrscheinlich auf recht lange Zeit werden sie in alter Weise das Straßenbild beleben: mit der jedem Kinde bekannten Uniform, dem hohen, weißen Zylinder, der Reitstiefel, ebenso wichtig für das dienstbare Pferd vor dem Wagen wie für zudringliche Jungen dahinter, (ach, wer ist in seiner Jugend nicht mal zudringlich gewesen?), und endlich dem Köhlein, das mehr oder weniger immer noch seinen Portäls in Wirtshäusern trägt. Wir werden noch lange sehen, wie noch vollbrachter Fahrt an einem der vielen Sammelpunkte geruhig am Pferd und Lenker den neuen Fahrgast erwarten, der Mensch, kräftig in die Stulle beifend, das Tier ebenso voller Appetit dem umgebundenen Fahrer zuzuredend. Freilich, ein Unterschied bleibt immer im Wohlsein der beiden Partner. Vor den unangenehmen Einflüssen der Bitterung kann sich nur der Mensch retten. Wenn der Regen es zu gut meint, das hochschlagende Bedeck schüttet ihn, wenn die Sonne allzu warm am Himmel funkelt, das Bedeck muß als Schattenspender herhalten.

Wanderer, kommst du aus dem Gedränge des Bahnhofes, oder aus der Verkehrströmung an der Gasse der Taschenstraße, freue dich der Ruhe, die die lange Reihe der aufgeführten Droschken atmet. Genieße das Wohl der dort gerecht schlafenden, würdig des Stilles eines Späzwagens. Erstick nicht, wenn die ganze Kolonne sich auf einmal in Bewegung setzt; es geht nur eine Wagenlänge weit. Dort, ganz vorn, hat der erste der Wartenden seine Rundschau gefunden. — Wie beliebt sich aber das Bild, wenn der Strom der Reisenden, der aus dem Bahnhofeingang kommt, die Ankunft eines Zuges kündigt. Gespräche werden abgebrochen, Orden und Futtersäcke der Pferde verkauft, und alles spannt auf den Reisenden, der mit der vom Tagelöhnerportier ergatterten Marke die Droschke mit seiner Kammer sucht. — Nach allen Richtungen fahren sie nun auseinander, um einige Zeit wieder an irgend einem Halteplatz zu warten, wieder friedlich, wieder geschäftig, wieder etwas ungeduldig, wenn die Zeit gar zu langsam vergeht.

Freilich, so leicht wie der oberflächliche Beobachter, der an schönem Sommerlag am Droschkenhalteplatz vorbeikommt, sich der Dienst denkt, ist es gar nicht. Die vielen, von Wind und Wetter mitgenommenen Gesichter reden eine demtliche Sprache. Denn es ist ja nicht immer Sommer, und nicht immer können die Reiterhände unter schönenem Dach abgewartet werden. Jedes Winkes des nächsten Tages muß der Fahrer gewärtig sein, und gerade bei schlechtem Wetter nicht man den Schuß des Gefährts. Der Reiter aber muß seinen erhöhten Sitz einnehmen und Hängel und Regen und Schnee sich ins Gesicht peitschen lassen. Im schützenden Glasfenster wie beim Auto, und der peitschende Wind fährt durch die dicke Bekleidung, läßt die Finger erfrieren und den Körper in Kälte erschauern. Dagegen kommt noch der nächste Dienst mit all seiner Ungelegenheit, und der Ungelegenheit im Schlafen. Genüß, um auch die angenehmen Stunden des Berufes reichlich aufzuwiegen.

Das „Hermelansreihen“ in der Stadtgasse.

In der Stadtgasse haben bekanntlich eine Reihe Händler in getragenen Kleidungsstücken ihre Geschäfte nebeneinander und hier ist seit Jahrzehnten eine geschäftliche Sitte heimlich, die aus dem Osten vor allem aus Polen, Galizien und Rußland stammt, und von jenen Handelstagen herkommt. Das „Hermelansreihen“. Der „Anreißer“ steht vor der Ladentür oder auf der Straße selbst und wartet den Hermlöten. Bleibt aber jemand vor dem Schaufenster stehen, so muß er unzeitlich „daran glauben“. Der „Anreißer

zieht alle Register seiner Bereitwilligkeit, um dem Stehengebliebenen alle Vorteile vor Augen zu führen, die allein ein Einkauf in seine in Geschäft mit sich bringt. Als ultima ratio, das heißt, als letztes Mittel, faßt der Anreißer wohl auch sein Opfer am Hermel, um es mehr oder weniger sanft in den Lebensringang hinein zuziehen.

Die harmloseste Art des „Anreißens“ ist das Begleiten des Kunden. Vom Gruß bis zur Anknüpfung eines Gespräches ist ja der Weg nicht weit. In der Vorkriegszeit ist das Anreißerium oft zu einer starken Belästigung des Publikums ausgeartet. Heute liegen die Dinge allerdings nicht ganz so schlimm. Ein Kammergerichtsurteil vom 4. Februar 1911 hat zum Ausdruck gebracht, daß das „Anreißen“ nicht nur ästhetisch widerwärtig, sondern auch ethisch unerlaubt sei und daher gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verstoße. Ähnliche Auffassungen haben auch das Oberlandesgericht Dresden und das in Hamm vertreten. Die Sitte des „Anreißens“ wird freilich weiter bestehen bleiben, so lange es Trödelgeschäfte in der Stadtgasse geben wird.

Im allgemeinen haben auch die Trödler heute unter der Umgestaltung der Zeit zu leiden. Verschiedene Handelsartikel kommen heute nicht mehr in Frage, zum Beispiel die vor dem Kriege so viel begehrten militärischen Extraröcke, Militärgewehre, Extrajacken, Waffen usw. Der Umschwung von 1918 hat eben auch hier den Umschwung vollführt. Der Handel mit alten Sachen ist heute überhaupt beschränkter als früher, was mit der Verarmung gewisser Schichten zusammenhängt, so daß eben viel weniger alte Kleidungsstücke zum Trödel kommen. An altem, getragenen Schuhwerk herrscht jedoch in der Stadtgasse kein Mangel, auch alte Möbel kann man noch reichlich ersehen. Darüber, ob es ratsam ist, alte Sachen zu kaufen, läßt sich kein fester Grundhalt aufstellen. Eine alte Sache kann unter Umständen besser sein, als eine neue, aber schlecht gearbeitete. Wiederum hat das Volkswort seine Berechtigung: Wer billig kauft, kauft teuer. Hier muß der einzelne selbst entscheiden nach Maßgabe seiner Einnahmen. Mancher arme Teufel ist jedenfalls froh, wenn er auf der Stadtgasse für billiges Geld ein Paar getragene Schuhe oder eine alte Hose ersehen kann. Insofern hat auch der Trödelhandel seine Berechtigung.

Wölfe ...

Was ein Wolf ist, weiß heute dank des in den Schulen erteilten Naturkundeunterrichts, jedes Kind. Man stellt sich darunter ein Raubtier der Hundsgattung vor, welches in Deutschland fast ganz ausgerottet ist, höchstens in Ostpreußen hin und wieder auftritt, dem Menschen nur in Rußland gefährlich wird und sich im übrigen durch große Furcht und Verschlepptheit auszeichnet.

Es gibt aber auch noch eine andere Art Wölfe, von denen hier die Rede sein soll. — Wer wölfe. So nennen sich die Mitglieder einer Organisation, die auch in Breslau aufzutreten versucht. Wenn man sich über die Bedeutung des Namens „Wermwolf“ Klarheit verschaffen will, so blättere man einmal in einem „Konversationslexikon“ nach. In der Herderischen Ausgabe wird der Wermwolf folgendermaßen charakterisiert:

„Der Wermwolf ist ein Mann, der sich durch Anlegen eines aus Menschenhaut gefertigten Wollsgürtels in einen Wolf verwandeln kann, um die Menschen zu schrecken, und zu schädigen. Verbrechen, Raub, Mord usw.“

Und in Brockhaus Konv.-Lex. wird der Wermwolf als ein Mann bezeichnet, der blutdürstig ist und Raub raubt.

Wenn man so etwas liest, und dann hört, daß es Menschen gibt, die sich diesen „schönen“ Namen zugelegt haben, muß es einem zunächst ein bißchen komisch an und muß man unwillkürlich darüber lächeln. Doch wie gesagt nur zunächst, für den ersten Augenblick, denn man mag nur diese Sorte Menschen einmal näher kennen lernen und es wird der Eindruck gewonnen, als ob die Zulassung des Namens gar nicht so unrecht erfolgt ist und als ob sie mit den vorher beschriebenen Wollswölfen tatsächlich Ähnlichkeit aufweisen.

So leben wir!

Der Arbeiter grüßelt Tag für Tag darüber nach, wie er sich und seine Familie durchbringen kann. Und es langt dann gerade zur Wollschuppe und als Hauptgericht Kartoffeln. Wenn es hoch kommt liegt Sonntags einmal ein Stück Fleisch im Topf, damit einmal wenigstens mehr Augen heraus wie hineinschauen. Demgegenüber wollen wir einmal einen Speisejetzel aus einem Hotel geben, wo die verkehrten, denen durch die neuen Zölle geholfen werden soll.

„Diner: Herzogin-Suppe — Weißfisch-Schinken mit Singspargel, Schaum-Sauce — Eingemachtes Huhn mit Reis — Arme-Ritter-Vanille-Sauce; Souper: Suppe-Weismorland — Merlan gebacken, Remouladen-Sauce — Kalbskopf „en Tortue“ — Schokoladen-Creme.“

Eine Suppe davon würde fünf Mittagessen einer Arbeiterfamilie an Nährwert übertreffen. Das ist aber diesen Herrschaften mit den ledernen Gummien noch nicht gut genug zusammengestellt und wir könnten die Liste des Speisejetzels noch beliebig ergänzen. Der Proletarier braucht sich diese Sorgen freilich nicht zu machen. Für ihn gibt es Kartoffelsuppen ohne besondere Zutaten und wenn er nichts mehr hat, dann hört er auf zu essen. Seine kleine Schicht mit solchen Traktaten hat alles im Überfluß und weiß nicht, wie viel und welche Mengen gegessen werden sollen. Deshalb gefällt den Herrschaften auch der „Kettortur“.

Ganz außer Gefahr

ist Ihr Eingemachtes, denn ein Verderben durch Schimmel oder Gärung ist ausgeschlossen, wenn Sie

Dr. Oetker's Einnache-Hülfe

gebrauchen. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einnache-Hülfe genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

Dr. Oetker's Einnache-Rezepte erhalten Sie ebenso wie die beliebten Oetker-Bäckrezepte kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

